

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamaplatte 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8200.

Nr. 204

Mittwoch, den 1. September 1920

11. Jahrgang

Danzigs Hafenarbeiter haben entschieden!

Eine Botschaft aus Rußland.

Von Peter Krapotkin.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht eine Botschaft des russischen Anarchisten Peter Krapotkin, die er der englischen Genossin M. Bondfield übergeben hat. Die Ausführungen des berühmten russischen Revolutionsmänners, aus denen wir einen Auszug bringen, verdienen besonderes Interesse; der Verdacht, Anarchistenrevolutionäre zu sein, kann gegen ihn nicht erhoben werden. Wir brauchen nicht hervorzuheben, daß sein Standpunkt nicht ohne weiteres der unsere ist.

Redaktion der „Volksstimme“.

Rußland durchlebt jetzt eine Umwälzung, die genau so tiefgehend und genau so bedeutend ist, wie sie das englische Volk 1639 bis 1648 und Frankreich 1789 bis 1794 durchmachte; und jede Nation sollte es ablehnen, jene schmachtvolle Rolle zu spielen, die England, Preußen, Oesterreich und Rußland während der französischen Revolution spielten.

Alles in allem sollten nicht nur die Arbeiter, sondern alle fortschrittlichen Elemente der zivilisierten Nationen der Unterstützung ein Ende machen, die bis nun den Gegnern der Revolution gemährt worden ist. Nicht als ob es gegen die Methoden der bolschewistischen Regierung nichts einzuwenden gäbe! Weit entfernt! Sondern weil jede bewaffnete Intervention einer fremden Macht naturnotwendig die Stärkung der diktatorischen Tendenzen der Regierenden zur Folge hat und die Bemühungen jener Russen unwirksam macht, die bereit sind, an Rußlands Wiederaufbau auf neuer Grundlage unabhängig von der Regierung mitzuarbeiten.

Die Fehler, die der Diktatur von Natur aus anhaften, sind auf diese Weise noch durch den Kriegszustand gesteigert worden, unter dem diese Partei sich behauptet hat. Der Kriegszustand bot eine Entschuldigung für die Verschärfung der diktatorischen Methoden der Partei und ihrer Tendenz, jede kleinste Lebensäußerung in den Händen der Regierung zu zentralisieren — mit dem Ergebnis, daß ungeheure Arbeitsgebiete der Nation zum Stillstand gebracht worden sind. Die natürlichen Schäden des Staatskommunismus sind so mit der Entschuldigung verzehnfacht worden, daß alles Unheil unseres Lebens auf die Einmischung der Ausländer zurückzuführen sei.

Ich muß überdies auch erwähnen, daß eine militärische Intervention der Alliierten, wenn sie fortgesetzt wird, in Rußland ein Gefühl der Auflehnung gegen die westlichen Nationen entstehen lassen muß, und dieses Gefühl der Auflehnung wird eines Tages von ihren Feinden bei möglichen zukünftigen Konflikten ausgenutzt werden. Solche Auflehnung beginnt sich bereits bemerkbar zu machen.

Noch ein Wort über die allgemeine Frage. Eine Erneuerung der Beziehungen der europäischen und amerikanischen Nationen zu Rußland darf sicher nicht die Zulassung einer Oberhoheit des russischen Volkes über jene Völker bedeuten, aus denen das russische Imperium zusammengesetzt war. Das kaiserliche Rußland ist tot und wird nie wieder zum Leben erstehen. Die Zukunft der verschiedenen Provinzen, aus denen das Reich zusammengesetzt war, liegt in der Richtung eines großen Staatenbundes. Die natürlichen Gebiete der verschiedenen Teile dieses Bundes sind jenen unter uns klar, die mit der Geschichte Rußlands, seiner Ethnographie und seinem wirtschaftlichen Leben bekannt sind, und alle Versuche, die grundlegenden Teile des russischen Kaiserreiches — Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, die Ukraine, Georgien, Armenien, Sibirien usw. — unter eine zentrale Regierung zu bringen, sind sicher zum Scheitern verurteilt. Die Zukunft alles dessen, was früher das russische Kaiserreich war, liegt in der Richtung eines Staatenbundes unabhängiger Einheiten.

Was nun unsere gegenwärtige und politische Situation betrifft, so unternimmt es jetzt die russische Revolution, die eine Fortsetzung der beiden großen Revolutionen in England und Frankreich ist, dort einen Schritt weiter zu machen, wo Frankreich stehen geblieben ist: als es in die Lat umzusehen galt, was damals politische Gleichheit, das ist wirtschaftliche Gleichheit, hieß.

Unglücklicherweise wurde in Rußland dieser Versuch unter der stark zentralistischen Diktatur einer Partei unternommen — der sozialdemokratischen Maximallisten; und er wurde nach der Methode einer ausgesprochen zentralistischen und jakobinischen Babeuf'schen Verschwörung unternommen. Ich sehe mich gezwungen, offen zu erklären, daß meiner Meinung nach der Versuch, eine kommunistische Republik auf der Basis eines streng zentralistischen Staatskommunismus unter der eisernen Herrschaft der Diktatur einer Partei zu errichten, mit einem Mißerfolg enden muß. Wir sehen an Rußland, auf welche Weise der Kommunismus nicht eingeführt werden kann, obgleich die Bevölkerung, des alten Regimes überdrüssig, dem Experiment der neuen Regierung gar keinen aktiven Widerstand entgegensetzte.

Die Idee der Sowjets, der Arbeiter- und Bauernräte, zuerst in der versuchten Revolution von 1905 entstanden und durch die Revolution vom Februar 1917, als das zaristische Regime zusammenbrach, sofort verwirklicht, die Idee solcher Räte, die das politische und wirtschaftliche Leben des Landes überwachen, ist eine hohe Idee. Dies um so mehr, als sie not-

wendig zu dem Gedanken führt, daß diese Räte aus allen jenen zusammengesetzt sein sollen, die durch ihre eigene Arbeit tätigen Anteil an der Hervorbringung des Güterreichtums nehmen.

Aber solange ein Land durch die Diktatur einer Partei regiert wird, verlieren die Arbeiter- und Bauernräte einleuchtenderweise ihre eigentliche Bedeutung. Sie werden auf jene passive Rolle beschränkt, die früher einmal die ständischen Vertretungen und Parlamente gespielt haben, als sie vom König einberufen wurden und gegen einen allmächtigen Kronrat antämpfen mußten.

Ein Arbeiter hat auf, ein freier und wertvoller Berater zu sein, wenn es im Lande keine freie Presse gibt; und in dieser Lage sind wir jetzt fast zwei Jahre — man entschuldigt es mit dem Kriegszustand. Und mehr noch. Die Arbeiter- und Bauernräte verlieren ihre ganze Bedeutung, wenn keine freie Wahlagitatorik ihrer Wahl vorangeht — und die Wahlen werden unter dem Druck der Parteidiktatur durchgeführt. Die gewöhnliche Entschuldigung ist natürlich, daß die Diktatur ein unentbehrliches Mittel zur Bekämpfung des alten Regimes war. Aber eine solche Herrschaft wird naturgemäß ein furchtbares Hindernis von dem Augenblick an, da die Revolution zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, auf neuer wirtschaftlicher Grundlage fortschreitet; ihr Bestehen spricht dem neuen Werke sein Todesurteil.

Die Wege, die eingeschlagen werden müssen, um eine bereits wankende Regierung zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen, sind aus der alten und neuen Geschichte wohl bekannt. Aber wenn es gilt, ganz neue Lebensformen, insbesondere neue Formen der Produktion und des Austausches zu schaffen, ohne dabei ein Vorbild nachahmen zu können; wenn alles von Menschenkraft auf der Stelle vollbracht werden soll, dann erweist sich eine allmächtige zentralistische Regierung, die es unternimmt, jedem einzelnen Bewohner jeden einzelnen Lampenplünder und jedes Zündhölzchen zum Anzünden der Lampe zu liefern, als völlig unfähig, dies durch ihren Beamtenapparat zu bewerkstelligen — wie zahlreich er auch sein möge, es wird ein Uebel.

Das ungeheure Werk des Aufbaues, das von der sozialen Revolution geleistet werden soll, kann nicht durch eine zentrale Regierung vollbracht werden, auch dann nicht, wenn sie, um sie bei ihren Arbeiten zu führen, wesentlich mehr besitzt, als ein paar sozialistische und anarchistische Schriften. Es erfordert das Wissen, die Erfindungskraft und die freiwillige Zusammenarbeit einer Vielheit örtlicher und sozialistischer Kräfte, die allein miteinander die Mannigfaltigkeit der ökonomischen Probleme in ihrer totalen Erscheinung zu bewältigen vermögen. Diese Zusammenarbeit zu zerstören und auf das Genie von Parteidiktatoren zu setzen, heißt die selbständigen Entwicklungsstufen vernichten — wie die Gewerkschaften oder die lokalen Konsumgenossenschaften —, heißt sie in bürokratische Organe einer Partei verwandeln, wie es jetzt geschieht. Aber das ist nicht der Weg, die Revolution zu vollenden; das ist der Weg, ihre Verwirklichung unmöglich zu machen. Und deshalb betrachte ich es als meine Pflicht, euch ernstlich vor diesen Methoden zu warnen.

Lower über Danzigs Neutralität?

Ein Mitarbeiter des Pariser „Journal“ wurde von Sir Reginald Lower unlängst in Danzig empfangen. Dieser teilte gleich zu Beginn der Unterredung mit, er habe die Absicht von seinem Posten zurückzutreten, sobald der Freistaat Danzig konstituiert sei. Seit dem ersten Tage seiner Amtsführung habe er die allmächtige Einführung der Polen in die Verwaltung Danzigs erstrebt.

Auf die Frage, was von der Danziger Neutralitätserklärung zu halten sei, erwiderte Lower lachend, sie stelle eine ungeheure Ueberschätzung dar. Er habe nicht einmal den Empfang befallig. Dann fuhr er fort: „Aber schreiben Sie das nicht, sagen Sie einfach, daß ich die Erklärung nach Paris weitergegeben habe.“

Der französische Journalist hat den Eindruck gewonnen, daß die scheinbare „Schwäche und Parteilichkeit“ Lowers in Wirklichkeit wohl berechnet ist, um die englischen Sonderinteressen zu fördern. Er glaubt, daß sich Eng. als eine herrschende Stellung in Danzig sichern will und auf allerhand Konzessionen, wie Uebernahme der Werft und Ausführung der Hafenerweiterung rechnet. Lowers Angaben, daß er keine Instruktionen aus Paris und nicht aus London einhole, könnten wohl zutreffend sein. Die Einholung der Londoner Instruktionen bezog der Generalmajor.

Der „Danziger Zeitung“, die diese fassenswerten Dinge gestern meldete, hat der Oberkommissar auf ihr Anfrage erklärt, daß er im gegebenen Augenblick zu der Veröffentlichung der französischen Blätter keine Stellung zu nehmen wünsche.

Wir halten es für ganz unmöglich, daß Lower sich so ausgesprochen haben kann, wie ihn das Pariser Senatskomitee reden läßt. Sollte er sich tatsächlich so, besonders über den Neutralitätsantrag unseres Volkstages und seine eigenen politischen Absichten, äußern haben, dann würde er auf keinerlei persönliche Entschuldigung rechnen dürfen. Schließlich sind auch wir Danziger keine Sklaven, auf die man keine Rücksicht mehr zu nehmen hat. Danzig ist kein Sinesien und würde-

man es dazu machen wollen, so ist gerade jetzt das wirkliche Irland ein Beweis dafür, wie man nicht handeln soll. Aber, wie gesagt, wir glauben es nicht, daß der sonst so kluge und rücksichtsvoll auftretende Diplomat Lower sich so plump demaskiert haben sollte, wie es der Journalist hinsteilt. Wir wußten es aus Argentinien, daß Sir Lower kein Freund der Deutschen ist. Darüber machten wir uns vom ersten Tage seiner Danziger Anwesenheit keine Illusionen. Was uns nicht seine Sympathien geben konnten, das erwarteten wir von seinem Rechtsgefühl und von seinem Instinkt als Vertreter des friedensbringenden Völkerbundes. Deshalb waren wir auch der Ueberzeugung, daß er das waffenstreichend gegen das kleine Danzig drohende Ultimatum im Staatsrat nur in Erfüllung einer vielleicht schweren Pflicht ausgesprochen hat. Wir können auch trotz der Massenansammlung internationaler Danzerschiffe vor Danzig nicht glauben, daß Lower sich auch persönlich so gewandt — oder sachlich vielleicht gar nicht gewandt — haben könnte, wie es die Pariser Senatskommission glauben machen will. Offenbar handelt es sich dabei um eine französisch-polnische Intrige, die Lower unmöglich machen und seine Entfernung durch einen echten Schachmatt machen soll.

„Sühne“-Forderung für Breslau.

Der französische Botschafter verlangte von der Reichsregierung die Erfüllung folgender Forderungen als Entschädigung für den Sturm auf das französische Konsulat in Breslau:

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder instand gesetzt.

2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten, für die bei der Ueberwindung erlittenen Materialverluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalles möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach völliger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrates wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und wohl bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erweist die Ehrenbezeugung und deffiert vor dem Konsulat. Das Programm des Herganges wird im Einverständnis der Botschaft festgestellt.

Ferner soll der deutsche Reichstagler in der französischen Botschaft binnen kürzester Frist sein Bedauern über die Breslauer Vorgänge aussprechen und die Zusage abgeben, daß die oben geforderte Genugthuung im vollen Umfange gewährt werden wird! So diktierten es die französischen Anarchisten, die in Oberschlesien die Deutschen zur Verzeihung treiben und damit die eigentliche Ursache zu den unüberlegten Vorgängen in Breslau gegeben haben!

Die „Germania“ äußert zu den dramatischen Forderungen Frankreichs: Die französische Note geht offenbar auf eine schwere Demütigung des deutschen Volkes aus. Wie ernst seitens der Regierung der Inhalt der Note beurteilt wird, geht daraus hervor, daß nur der endgültigen Stellungnahme nach der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten gehört werden soll.

Es bestätigt sich, daß die Alliierten auch die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien nach Deutschland gesperrt haben!

Neue polnische Ueberfälle in Oberschlesien.

Glabenberg, 31. Aug. (W. T. B.) Rastlos wiederholte Bombendünge wurden gestern nachmittags von Groß-Barmen von einer Horde 15-jähriger junger Polen herbeigeführt, von denen nur einer verwundet wurde. Der Kreisortkommandant ließ sofort seinen Adjutanten die polnische Flagge herüberholen.

Beuthen, 31. Aug. (W. T. B.) Ueber die Vorgänge bei der Ernennung der deutschen Arbeiter liegt noch kein abschließendes Bild vor. Es steht fest, daß am 23. August früh zweimal nach einander je fünf Opfer, die aus dem am 20. August überfallenen Schichtbau in Raczkowitz verschleppt sind, über die Grenze zurückgebracht wurden. Einschließend noch eine fünfköpfige Wardenbande die Opfer hinterläßt aus nächster Nähe wieder.

Betterer Vormarsch der Armee Budjenny.

Abensberg, 31. Aug. (W. T. B.) Die Polen haben am 30. August abends nach einem Kampf Szwali besetzt. Polnische Erkundungsabteilungen sind in Szwali und Woren eingedrungen. Der Vormarsch der Armee Budjenny dauert trotz des hohen Mittelwässers der Polen die Grenze von Lemberg her für die Russen ein erfolgreiches Stadium fort.

Gastentlassung und Sicherheitswehr.

27. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 31. August 1920.

Die Sitzung wird um 2,20 Uhr vom Vizepräsidenten Rahy eröffnet. Zunächst erfolgt die Weiterberatung des Antrages der U. S. P. auf

Gastentlassung der am 29. Juli Verhafteten.

Abg. Henke (Deutschnat.) erklärte, daß sich seine Fraktion dem Antrag nicht anschließen kann. Daß die Verhafteten unschuldig seien, konnte Herr Mau auch nicht nachweisen.

Abg. Ruhnert (Pole) bezeichnet den 29. Juli als einen Tag, wo die alle Machtpolitik wieder zum Durchbruch kam. Dieser Machtgedanke war jahrbundertlang maßgebend und wird jetzt auch von den Massen zur Anwendung gebracht. Die Ungerechtigkeit der Massen versteht er. Jedoch wären die Führer jetzt oft die Geführten. Statt der Sicherheitswehr sollte man dem Volke Bildung geben.

Abg. Neumann (U. S. P.) bezeichnet die Rede von Mau in der letzten Sitzung als Phantasierevue. Der Antrag ist überflüssig, da die Verhafteten gesund sind und nicht unschuldig seien. Durch solche Ausschreitungen wird die Arbeiterbewegung in Mißkredit gebracht. Zu einem Putsch zur Behebung der Verhafteten wird sich die Arbeiterchaft nicht gebrauchen lassen.

Abg. Mau (U. S. P.) bestritt die Behauptung des Abg. Neumann, daß die U. S. P. in der Odraer Versammlung die Verhafteten von der Schuttelein wollte. Wir wollen nur nichts mit den Leuten tun, die im Dienste der Spionage stehen. Wir besetzen eine längere Untersuchungsbauer und Rechtsbeugung und fordern daher Freilassung. Die Arbeiterchaft könnte sonst später mit den gleichen Waffen arbeiten.

Abg. Schmidt (U. S. P.) glaubte in seinem Schlußwort der Sozialdemokratischen Fraktion wegen der ablehnenden Haltung Vorwürfe machen zu können. Er meinte, nachdem das Gewerkschaftskomitee die Demonstration veranstaltet hätte, müßte man auch deren Opfer bedenken. (Die „Opfer“ sind doch erst auf die Hege zurückzuführen, zu der die U. S. P. und Kommunisten die Demonstration mißbrauchten. Die Red.) Unter den Verhafteten sind keine Anhänger unserer Partei. Jedoch gehörte von den Abgeordneten der Deutschnationalen ein ganzer Teil ins Zuchthaus. Durch die Ausfuhr von Getreide zu Wucherpreisen begehen diese viel schlimmere Verbrechen. Wir fühlen die moralische Verpflichtung, für die Verhafteten einzutreten. Er als Mitglied der Kommission stellt sich als „Schuldiger“ zur Verfügung und glaubte das auch von den anderen Mitgliedern der Kommission annehmen zu können.

In persönlicher Bemerkung weist der Abg. Matthäi den Vorwurf, daß deutschnationale Abgeordnete ins Zuchthaus gehören zurück. Außerhalb des Hauses würden wir diese Behauptung gerichtlich verfolgen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 59 gegen 20 Stimmen abgelehnt. 8 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

In der weiteren Verhandlung kam der Antrag der U. S. P. auf Entlassung der Sicherheitswehr

zur Besprechung. Eigen ausführliche Bericht über die weiteren Verhandlungen können wir leider nicht mitbringen.

Genosse Spill begründete sehr eingehend unsere Stellung zur Sicherheitswehr. Um nun eine zweckmäßigere Organisation der ganzen Sicherheitswehr zu erreichen, wurde die sozialdemokratische Fraktion für den unabhängigen Antrag stimmen.

Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Antrag der Unabhängigen in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 22 Stimmen bei enger Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag der Polen, der Vorlage für ungehinderten Verkehr der polnischen Rückwanderer

verlangte, brachte längere, zum Teil sehr erregte Auswärtigerungen. Hierbei sprach von unserer Seite Genosse Böhm, der gleichmäßig den Standpunkt der Unabhängigen vertrat.

Der Antrag der Polen wurde mit Mehrheit angenommen. Tatsächlich verlagte sich die Sitzung auf Donnerstag 2. Sept.

Deutschland.

Die Stuttgarter Arbeiter gegen Steuerstreik.

Stuttgart, 31. Aug. (B. L. B.) Die Streikfrage hat sich im Laufe des heutigen Tages nicht geändert. Eine Betriebsversammlung der Arbeiterschaft Groß-Stuttgart hat anerkannt, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug gehe und daß die Arbeiterschaft den Steuerabzug anerkenne. Die Regierung antwortete, daß sie auf dieser Grundlage zu Verhandlungen bereit sei, die morgen vormittag mit einer Kommission des Streikausschusses stattfinden sollen. Die Stuttgarter bürgerlichen Mittagblätter werden heute abend ausgegeben.

Kunst und Wissen.

Sappoter Stadttheater.

Reichlor Lengpel: „Lailaa“.

(Gespielte Theodor Loos.)

In Sappot spielte man gestern des Ungarn Orangel „Lailaa“. Ich hatte geglaubt, daß dieser Kinoprodukt längst kalt gemacht sei. Aber da das sogenannte gekildete Publikum lieber einen Saal weiter spielen geht, und Dina Rossens Frau Kling und Pellinde ignoriert, muß — muß wirklich? — die Direktion, um die Unfälle zu beschreiben, able Reiter spielen, wenigstens dieser „Lailaa“, auch nicht ganz so schlimm wie das „Geldstück“ ist, das wir kurz zuvor erlitten.

Von den Stücken, mit denen Reichlor Lengpel das Deutsche Theater bisher beunruhigt, sind neben dem „Lailaa“, der sein wirksamstes war, nur noch „Die Längerin“ und „Die Jorin“ bekannter geworden. Aber sie sind alle wie dieses Lailaa: Orfane aus der Windmaschine des Theaterarbeiters. Je nachdem die Maschine behandelt wird, hören sie sich eher oder weniger echt an. Analligkeiten, die nicht einmal immer wirksam sind, reiben sich raffiniert aneinander, bis die übliche — schon faul! — Gerichtszene folgt und der unglückliche Held unter weißen Äthern „in Schönheit stirbt“.

Über Lengpels Fähigkeiten, dem japanischen Werk beizukommen, will ich besser schweigen. Sein Warnungsruf an das gefährdete Europa kommt heute noch dem großen Weltkrieg, wie aus dem Bierstücken eines Bierwaden-Säußlings. Im übrigen sind mir (und glaube ich, jedem, der den Begriff „Kultur“ weiter faßt) die Leute, von denen jene beklagten Vorkämpfer, Seiten und Gelpopiere kommen, um

Entschluß der Danziger Hafenarbeiter!

Verladung aller polnischen Sendungen beschlossen.

Die Hafenarbeiter Danzigs standen gestern vormittag vor einer Entscheidung, wie sie folgeschwerer für unsere Vaterstadt und das Schicksal ihrer Bevölkerung nicht gedacht werden kann. Die Stunden historischer Bedeutung melden sich bei uns nicht in Pracht und Glanz und Donnerrollen an. Unsere denkende Betrachtung und unser Verantwortlichkeitsgefühl müßten oft erst in schwerem Ringen zwischen Irrtum und Wahrheit ihre Bedeutung erschöpfen. Und unsern Hafenarbeitern wurde die Entscheidung schwer nicht leicht gemacht. Towers Ultimatum an den Staatsrat stand vor ihnen. Die Danziger der Entente lagen auf der Reide und im Hafen. Danzigs zukünftiges und gegenwärtiges Schicksal, besonders die Erhaltung unserer Selbstständigkeit und unseres Deutschtums war so in die Hände unserer Hafenarbeiter gelegt. Der Aufruf der deutschen Gewerkschaften an die englischen und französischen Arbeiter um Hilfe für Danzigs Neutralität ist bis heute noch nicht beantwortet worden! Unabhängige und Spezialkassie bedrängten die Hafenarbeiter andauern, ohne Rücksicht auf die unsern Danzig drohenden Gefahren den anschließenden revolutionären Prestampfern in Sowjetrußland Hilfe zu bringen. So wollte es der unabhängige Abgeordnete Mau, allerdings erfolglos, am Sonntag in der Vertrauensmännerkunft der Hafenarbeiter, obwohl er noch kurz vorher für die Lösung polnischer Ladungen eingetreten war. Die Hafenarbeiter standen schon dort auf dem Standpunkt, daß internationale Gefinnung auch dazu zwingt, das von aller Hilfe verlassene Danzig und sein Proletariat und seinen Frieden nicht zu vergessen!

Die gestern vormittag im „Gesellschaftsaule“ in Neufahrwasser abgehaltene Versammlung der Hafenarbeiter hatte nun die letzte Entscheidung zu treffen. Die Kommunisten und die von ihnen gepöpselten Unabhängigen machten noch eine große Entfremdung, die Hafenarbeiter für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Die Leitung der Danziger Unabhängigen erließ eine besondere Proklamation, in der die Unterbindung sämtlicher polnischer Kriegstransporte „mit aller Kraft“ gefordert wurde, weil der „Kampf zwischen Rußland und Polen auch unser Kampf ist“. Das geistige „Freie Volk“ bringt diesen Aufruf noch als besondere Proklamation. Das Berliner Zentralorgan der Unabhängigen, die „Freiheit“ brachte jedoch schon gestern früh als Leitartikel einen Aufruf des unabhängigen Abgeordneten Wilhelm Dittmann zur Warnung der deutschen Arbeiter vor Rußland! Er schildert darin die Erfahrungen von 40 deutschen Unabhängigen und 19 Spartakisten, die in das Land ihrer Sehnsucht gezogen sind und dort von amüßlichen Hütern der „Weltrevolution“ als „Konterrevol-

lutionäre und Weiskardisten“ beschimpft worden sind. Ein Vertreter des russischen Arbeitsministers antwortete Dittmann auf seine persönliche Beschwerde:

„Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht verschieden behandeln!“

Die um alle ihre Ideale betrogenen unabhängig-spartakistischen Arbeiter sprachen dann in einer Protestversammlung ihre völlige Enttäuschung und ihre große Sehnsucht nach Deutschland aus. Der unabhängige Parteiführer Arthur Crispian sprach selber zu den Betrogenen und schloß seine Rede mit: „Auf Wiedersehen in Deutschland.“ So ist die Wirklichkeit über die russischen Dinge!

Die Danziger Spartakisten suchten noch im letzten Augenblick die Versammlung durch Flugblätter voll kindischer Hirngespinnne zu beeinflussen. Die Leitung der Versammlung, die gegen 10 Uhr begonnen und circa 2000 Besucher zählte, hatte der christliche Gewerkschaftsfretär Girocki. Genosse Werner trat für den freien Transportarbeiterverband, gemäß der Entschliessung der Vertrauensmänner, auch für die Entschliessung der polnischen Munition ein. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der christliche Gewerkschaftsfretär Krause. Gegen 12 1/2 Uhr erfolgte die geheime Abstimmung. Von den Angekommenen abgegebenen 787 Stimmen entfielen 515 für und nur 265 — 7 Stimmen waren ungültig — gegen die Munitionsarbeit! Damit ist die endgültige Entscheidung gefallen. Auch die Besucher, die die Versammlung während der Verhandlungen verlassen hatten, ließen keinen Zweifel darüber, daß auch sie eine Selbstmordpolitik, die gar keine Rücksicht auf die Interessen der eigenen Volksgemeinschaft nimmt, nicht mitmachen können. Die Arbeit wurde denn auch gleich nach Beendigung der Versammlung aufgenommen.

Nun hat die Entente wieder das Wort. Danzigs Hafenarbeiter haben gesprochen! Leicht ist ihnen die Entscheidung nicht geworden und kommt sie ihnen auch nicht werden. Als Männer, Proletarier und Deutsche haben sie sich entschieden, wie es die Not der Stunde forderte. Durch ihre Abstimmung haben sie kein einziges ihrer proletarischen Ideale verletzt. Auch keine einzige ihrer internationalen Pflichten haben sie dadurch verletzt, daß sie in der Notwehr der Selbsterhaltung den einzig möglichen Ausweg wählten. Das müge die Entente wohl beachten! Der Friedenswille der Danziger Hafenarbeiter ist durch die Abstimmung wohl erschütterter als bisher zum Ausdruck gekommen! Jetzt ist klare Bahn geschaffen worden. Das mögen vor allem die Entente und auch Oberkommissar Tower bedenken. Wie und nach welcher Richtung, dürfen wir wohl nicht noch deutlicher sagen.

Danziger Nachrichten.

Eintreffen der „Pittsburg“ in Danzig.

Gestern mittag um 1 Uhr lief der schon vor mehreren Tagen angekündigte amerikanische Panzerkreuzer in Neufahrwasser ein. Er legte oberhalb von Weichselmünde, an dem früheren Wertgelände fest. Danzig ist nun tatsächlich von englischen, französischen und amerikanischen Kriegsschiffen blockiert. Diese Entente-Aktion kennzeichnet den „Friedens“-zustand von Versailles am besten. Für unser Danzig ist diese Ansammlung dieser internationalen Panzerkolosse von so furchtbar ernster Bedeutung wie kaum etwas anderes, was Danzigs Schicksal berührt hat.

Der Streik bei der Firma Gohy erfolgreich beendet.

Auf die bestehenden Differenzen bei der Firma Gohy Mineralwasserfabrik, können wir berichten, daß diese durch einseitigen Streik beigelegt wurden. Durch die einmütige Arbeitswiederlegung haben die Kollegen einen schönen Anfangserfolg zu verzeichnen. Die Lohnsätze wurden bei den Schichtarbeitern von 10 bis 40 Mk. pro Woche und bei den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen von 25 bis 30 Mk. pro Woche erhöht. Die gefälligen Feiertage dürfen vom Lohn nicht abgezogen werden. Der Tarifvertrag wurde anerkannt.

Verband der Dreuer- und Mühlenarbeiter und verw. Berufs-Verwaltungsstelle Danzig.

In dem Schiffsamt bei Rischitz wird mitgeteilt, daß der Schleppdampfer „Eibamerla“ in Eispolen eingetroffen ist. Jedoch hat er von der Beladung seiner beiden Schleppschiffe niemand retten können. Die Beladung wird demnach leider als verloren gelten müssen.

Renaissancisten für Schüler. Von sofort ab werden Schüler-Renaissancisten nur noch für die dritte Wogenklasse ausgegeben.

Verstorbene ist seit gestern nachmittag der 4-jährige Sohn der Familie Krenz, Weichseluferstraße 3. Der gut entwickelte Knabe war barfuß und ohne Kopfbedeckung.

Ein Kind angeschossen.

Auf dem Mittstädtischen Graben in der Nähe der Markthalle sollte gestern nach 7 Uhr die Festnahme eines Verbrechers erfolgen. Es soll sich um einen Mitschuldigen der am Gabelwert verübten Schießerei handeln. Der Verbrecher war besessen und griff die Beamten tödlich an, worauf diese von der Schußwaffe Gebrauch machten. Nach Mitteilung eines Augenzeugen soll hierbei eine verirrte Kugel ein 5-jähriges Mädchen getroffen haben. Wie wir erfahren, handelt es sich beim Verhafteten um den Seeman Matthä. Der verhängnisvolle Schuß soll, von diesem abgegeben sein. Das Kind ist jedoch noch am Leben.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden erneut Straßen aufgerufen, deren Hausnummern am Donnerstag, den 2. September, in den aus der Veranlassung ersichtlicher Ausgabebestellen neue Hauptmarkenbogen in Empfang nehmen können.

Aus den Gerichtssälen.

Diebstahl. Der Arbeiter Gustav August Holz in Danzig war im Freihafen tätig und entwendete hier der interkallierten Wismar beim Verladen 12 Pfund Stahl, die ihm am Sozialklub von der Wache abgenommen wurden. Da er wegen Diebstahls verurteilt ist und sich im Rückfall befindet, wurde er von der Strafkammer wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Pollgeleit vom 1. September 1920. Verhaftet: 14 Personen, darunter: 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Mißhandlung, 6 in Pollgeleit. — Gefunden: 1 br. leere Aktentasche, abgehoben aus dem Geschäft von Hofmann, Elisabethstraße 8. — 1 Marienbild, 1 Sicherheitskassette, 2 Schlüssel am Ring, 2 Schlüssel an einer Patrona, 4 Stücke Wasserhandwerkzeug, abgehoben aus dem Fundbüro des Pollgeleit-Präsidenten.

Standesamt vom 1. September 1920.

Todesfälle: Arbeiter, Maschiner im Inf.-Regt. Nr. 348: Rudolf Albert Richter, 22 J., 1 M. — S. des Tischlergehilfen Otto Treppner, 11 Jg., Frau Anna Henneke geb. Schulz, 38 J., 6 W. — Frau Pauline Ganswindt geb. Vohberg, 57 J. — Müller Arnold Januel, 25 J., 2 M.

nichts unempfindlicher als die traurigen Nachkommen einer längst abgestorbener Kultur, die sich heute als „rachsüchtige Sieger“ und „Schüler der rechtlosen Nationen“ gefellen.

Theodor Loos konnte mit keinem Doktor Loteramo leider nur hier und da andeuten, daß er ein großer Künstler ist, und man kann nur tief bedauern, daß er uns nicht statt dessen einen Gabriel Schilling oder Johannes Nofarabi oder einen Ibsen oder Strindberg oder wenn auch nur einen Anton Wildgans oder Ernst Hartd verlebendigte. So wunderbar echt und erschütternd sein Zusammenbruch nach der Nordst und kann, man glaube ihm mehr als dies noch jenes Wort, das er im letzten Akt mit dem Verfasser ausruft: „Ich kann nicht länger Komödie spielen!“

Aber nachdem im leidlich besetzten Theateraal lautete erschütternd die größere Mehrzahl, die begeisterten Freunde des Komos, denn es gab auf der Bühne noch das, was die Bewunderer bei allem Brüllen, Spott und Spott nicht geben kann: das gesprochene Wort.

Und unter den Darstellern sieht man unter solchen Umständen fast davon ab, daß Frankeln Begmar aus einer Pariser Kolosse eine kleine heißblütige Paganoderin aus Gienach machte, wie auch Walter Leopold und Hugo Stern keine Ursache hatten, was die Operette vergessen zu machen, in der sie uns so oft lustige Stunden bereitet. Und auch Hermann Herz kann sich trösten: Er wird sich ja nun bald der würdigen Aufgaben gestellt sehen.

Wladimir Danantowski.

Das Geheimnis der Sphing.

Wichtig in den Wüstenland hinengelagert ist heute noch wie vor Tausenden von Jahren in der Nähe der Pyramiden

von Oizeh am Abhang der libyschen Wüste die Kolossalstatue der großen Sphing zu sehen. Sie stellt, wie bekannt, einen Löwen dar mit dem Kopf eines Menschen, der die Züge wahrscheinlich des pharaonischen Obeser trägt, des Erbauers der zweitgrößten der Pyramiden. Obgleich das Antlitz der Sphing im Laufe der Jahrtausende stark gelitten hat, jedoch der Bart gänzlich, die Nase zum Teil fehlen, wird von allen Besuchern die wunderbare Wirkung des majestätischen Bildes dieses Riesen geschätzt. Ueber das von Geheimnissen umwitterte Bauwerk, über das mancherlei Deutungen vorliegen, haben jetzt Untersuchungen von Professor Reissner von der Harvard-Universität ein ganz neues Licht verbreitet. Wie die „Früh-Zig.“ in englischen Blättern liest, hat dieser „amerikanische Gelehrte“ bei umfangreichen lokalen Forschungen an der Kolossalstatue oben auf dem Kopf ein völlig von Sand verschüttetes Loch entdeckt. Seine Vermutung, daß von hier aus ein Gang in das Innere führe, fand sich bestätigt. In mühsamer Arbeit gelang es dem Forscher, in die Höhlungen des Steinbildes einzudringen, und er machte dabei überraschende Entdeckungen. Im Innern der 20 Meter hohen Figur, die bekanntlich aus dem natürlichen Felsen herausgehauen ist, befindet sich ein Tempel mit einer Statue des Königs Ramses. Dieser Tempel ist durch einen langen Gang mit einem in einem der Vorderfüße befindlichen Gemach verbunden, das achtzehn Meter lang und vier Meter breit ist. Auch eine Menge kostbarer heiliger Geräte wurde gefunden. Professor Reissner hatte Kopf, Brust und Vorderfüße der Sphing untersucht, als der Ausbruch des Krieges weitere Arbeiten zunächst verhinderte. Die Forschungen sollen jetzt fortgesetzt werden und es sind wohl noch weitere für die Wissenschaft interessante Entdeckungen zu erwarten.

Erweiterung der Danziger Erwerbslosenfürsorge.

Stadterordnetenversammlung am 31. August 1920

Bei äußerst schwach besetztem Hause, von 66 Stadterordneten waren nur 27 anwesend, wurde die Sitzung vom Stadterordnetenvorsitzer Kersch eröffnet.

Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Fortleitung der Beratung des

Statt der Einwohnerwehr.

Stadtr. Görtz (Zentr.) bedauerte die Abwesenheit der unabhängigen Stadterordneten Rau und Rahn und erklärte im Namen der Zentrumsfraktion, daß diese gegen den unabhängigen Antrag auf Schaffung der Arbeiterwehr stimmen werde. Es sei nicht zweckmäßig, jedem Waffen in die Hände zu geben. In einem Drohkriese sei dies das Ausmaß, auf eine Telegraphenstange angebracht werden. Nur Wägen können solche Briefe schreiben. Man sei jedoch nicht frei, wenn man den Briefschreiber in strafrechtlichen Fällen fahre. Von gewissen Personen werde auch in Danzig Ruhe und Ordnung systematisch untergraben.

Vorsitzer Kersch hat um Mäßigung, da der Kellereinschub einstimmig beschlossen habe, alle Schärpen und Angriffe in der Debatte zu vermeiden.

Stadtr. Roggenbach (Unabh.) schloß sich dem Urteil Görtz über den Briefschreiber an. Drohkriese: 'Eien aber auch ein beliebtes Kampfmittel der Zentrumsanhänger. Redner forderte 2 Millionen Mark für die Arbeiterwehr und trat für Vereinfachung der Polizei ein.

Bürgermeister Dr. Kall erklärte, daß er auf all das, was in der vorigen Sitzung vorgelesen wurde, nicht eingehen könne, weil es nicht zur Sache gehöre. Man habe dem Magistrat den Vorwurf gemacht, daß er überhaupt einen derartigen Haushaltsplan vorlege. Darauf sei zu erwidern, daß die alte Stadterordnetenversammlung die Errichtung der Einwohnerwehr beschlossen hat. Die jetzigen Stadterordneten haben einen Ausschuss für diese Einrichtung gewählt. Die angeforderten laufenden Ausgaben belaufen sich nur auf 800 000 Mark.

Stadtr. Hirsch (Unabh.) betonte die Notwendigkeit von Ruhe und Ordnung. Dankschuld müsse auch eine oberflächliche Erkenntnis werden. Gegen Jankegel sei Schuss nicht nötig. Das Ganze aber genügend durch Vernehmung der Mannen Polizei gelöst.

Bürgermeister Dr. Kall dankte dem unabhängigen Korredner für seine sachlichen Ausführungen. Die Ueberleitung der Arbeiterwehr in die Hände der Polizei sei in die Wege geleitet.

Stadtr. Görtz (Zentr.) hob hervor, daß die U. S. V. im Volkszuge anständig gefügt habe, daß sie ihre Ziele auch auf ungeheuerliche Wege verfolgen wolle, deshalb dürfe man ihr auch nicht noch die Waffen übergeben. In der Sicherheitswehr sind zweifellos geeignete Elemente, die entfernt werden müssen. (Zuruf Stadtr. Hirsch des Unabh.): Opfer guter Gesellschaftsordnung! Görtz erwiderte: Unsere Gesellschaftsordnung ist die Gure. Ihr habt sie am 1. November gebrochen. Der Arbeiterstand hat jetzt zwar großen Einfluß auf die öffentlichen Geschäfte, aber die Korruption hat eine ungeheure Ausdehnung angenommen.

Stadtr. Schwaner (Unabh.) verteidigt die Ansicht, daß man der ganzen Sache nicht durch radikale Maßnahmen entgegenkommen dürfe! Wenn der Magistrat den Etat zurücknehmen werde, würde die U. S. V. ihren Antrag ebenfalls zurückziehen. Wenn durch die letzten Vorgänge den Polen größere Rechte zugestanden würden, so würde die Bürgerlichen Schuld daran.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) meinte, daß die Korruption schon vor Ausbruch der Revolution geherrscht habe. Wenn es in Danzig die jetzt verhältnismäßig ruhig geblieben ist, so sei das zum größten Teile den Anführern (Wohl Unabhängigen und Sozialisten) zu danken. Bajonette bilden jedoch keinen Schutz.

Der Grenzschutz der Sozialdemokratie.

Stadtr. Genosse Roggenbach verweist auf die Ausführungen von Genossen Spill in der letzten Sitzung und erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion den Etat der Einwohnerwehr ablehnen werde, da sie deren Notwendigkeit nicht einsehe. Die Fraktion werde auch gegen den unabhängigen Antrag stimmen, weil das nur ein leeres Demonstrationstrug sei. Man solle die Mannen Polizei unter einheitlicher Führung aufbewahren. Der Magistrat möge die Vorlage zurückziehen. Die dadurch ersparten Mittel könne man den Arbeitslosen zuwenden. Mit der Befreiung der Arbeitslosigkeit würden auch die natürlichen Ursachen der Unruhen verschwinden.

Stadtr. Genosse (Zentr.) gab die Erklärung ab, daß die letzten Beschlüsse und die Verhandlungen von einflussreicher unabhängiger Seite die Deutlichmachung bringen, die Mittel für die Einwohnerwehr zu bewilligen.

Der unabhängige Antrag auf Schaffung einer Arbeiterwehr erhielt nur 3 Stimmen.

Der Etat der Einwohnerwehr wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Polen angenommen.

Nachdem Eingaben wurden nach dem Beschluß des Vertriebsausschusses erledigt.

Ein Antrag der Frauen-Landeskommission und der Arbeiterjugendverbände auf Errichtung eines Spielplatzes wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Das gleiche geschah mit einem Antrage der Frauen-Landeskommission Danzig, der Mittel zur Aufstellung von Postkasten forderte.

Ein Beschlussempfehlung der Gesundheitskommission.

Der Haus-Expertenrat hatte in einer Eingabe die Freigabe der Seiten von der städtischen Wohnungsaufsicht verlangt. Der Ausschuss beantragte, die Petition dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen.

Stadtr. Schwaner (Unabh.) begründete die Forderung der Gesundheitskommission damit, daß sie im Kriege durch Mangel der Mittel hart gelitten haben und jetzt nicht in der Lage sind, die Reparaturen machen zu lassen. Die vom Mietungsgesetz vorgeschriebene Erhöhung sei zu gering. Die Häuser verschleusen und geraten in schlechte Hände.

Stadtr. Kasper (Unabh.) wandte sich gegen die Forderung der Gesundheitskommission. Die Häuser würden oft unwehmlich mit großen Summen verkauft, und man könne die Häuser die Kosten decken. Er sprach sich für eine Mietbegrenzung aus.

Stadtr. Hirsch (Unabh.) lehnte den Antrag Schwaner ab. Während die Sozialdemokraten freigegeben, so würden diese sehr im Preise gehindert. Das würde die anderen Gesundheitskommissionen, die Freigabe ist mit aller Mühe zu erreichen.

Stadtr. Schwaner (Unabh.) betonte, daß der Antrag nur für die Häuser gelte, die ihren Besitzer nicht gewechselt haben. Die Freigabe hätte die Gesundheitskommission nach Geld verlangt. Viele Gesundheitskommissionen sind gar nicht in der Lage, das erforderliche Baumaterial zu beschaffen.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) erklärte im Gegenzug zu ihrem Parteifreunde Kasper, daß die Gesundheitskommissionen nicht die Freigabe, sondern die Erhaltung der Häuser im Auge haben. Die Freigabe würde die Häuser in schlechte Hände geraten lassen. (Schwache Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Freigabe würde sich nur auf die Häuser beziehen, die nicht verschleusen sind. (Zuruf Stadtr. Hirsch des Unabh.): Das ist ein Widerspruch. (Zuruf Stadtr. Kasper des Unabh.): Das ist ein Widerspruch.

Der Antrag wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Die Zustände im Waisenhaus Pelonten.

Konful Sieg, der Vorstand des Waisenhauses Pelonten, beantragte, daß Besuche der Anstalt durch Stadterordnete nur nach vorheriger Anmeldung erfolgen.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) ging auf die Vorgeschichte dieser seitlichen Eingabe ein. Sie betonte, daß sie nicht die Absicht habe, Personen herabzusetzen. Sie habe mit Elise Sparwaffer, einem idealen Menschenkinde (Elise Sparwaffer kann hiernach Gott danken, daß sie keine Sozialdemokratin ist!), ganz im Stillen für die Kinder in Pelonten etwas schaffen wollen. Von wohlthätiger Seite sei zu diesem Zweck eine größere Summe bereitgestellt. Frau B. hat die Anstalt wiederholt besucht, so auch in Begleitung von Elise Sparwaffer, an einem Sonntag mittags zur Essenszeit. In der Küche fand man gefochte Kartoffeln, Bratmilch, Rindfleisch und Apfelsuppe aus den Beständen der Anstalt. In einem großen Kessel daneben dann eine dünne Rübelsuppe. Die Besucher fragten, was das zu bedeuten habe, denn bisher war von dem Verwalterspaar nichts berichtet worden, daß alle Kinder, Küchenpersonal und Inspektorspaar das gleiche Essen erhielten. Die Frau des Verwalters gab eine scharfe Antwort und holte Konful Sieg herbei, der sich jede Einmischung in die Disposition der Anstalt verbot. Rednerin verteidigt den Standpunkt, daß die Stadterordneten wohl das Recht der Kontrolle hätten, da die Stadt einen Teil der Mittel beisteuere.

Stadtr. Frau Richter (F. B. U.) konnte nichts Ungewöhnliches darin finden, daß für die Erwachsenen Extrarichte gekocht werden.

Stadtr. Dr. Meyer betonte, daß die Mitarbeit der Stadterordneten durchaus erwünscht sei, daß dabei aber gewisse Formen beobachtet werden müssen. Besuche möge man vorher anmelden. Im allgemeinen sei man mit den Inspektoren zufrieden, und Redner ist ganz erkrankt gewesen, als er von dem Resultat der Küchenrevision hörte. Es war grundsätzlich vereinbart, daß alle Bewohner der Anstalt die gleiche Kost essen sollten. Der Vorfall sei bedauerlich und war ein Zufall. Der Ernährungszustand der Kinder sei gut.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) hielt das Verfahren der Inspektoren für unbedenklich.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) bestritt die Zufälligkeit des Vorganges. Die Anstalt sei bereits schon einmal schwer kompromittiert. (Unsere „Volksrecht“ deckte damals schwere Missethate auf! D. R.) Der Mann eigne sich für das Amt, die Frau sei jedoch zu selbständig (!), sie müsse aus der Anstalt entfernt werden.

Stadtr. Genosse Schwaner war erkrankt über die Ansicht der Stadtr. Richter. Im Arbeiterhaushalt essen Eltern und Kinder das gleiche. Dadurch wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. In der Waisenschule Richtig habe man einen guten Eindruck gehabt. Befestigungen bei vorheriger Anmeldung seien zwecklos. Wenn alles in Ordnung wäre, hätte Konful Sieg doch keinen Grund gegen die unangenehmen Besuche. Personen, die sich nicht für ihr Amt eignen, müssen entfernt werden.

Stadtr. Galtowski (Zentrum) war von der Zufälligkeit der Extrarichte nicht überzeugt. Stadterordnete müßten zu jeder Zeit ohne vorherige Anmeldung Zutritt zu der Anstalt haben. Man möge barmherzige Schwärmer, gleichviel welcher Konfession, mit der Leitung der Anstalt betrauen. Redner wünschte die Befestigung der ungewissen Anstaltsleitung.

Stadtr. Frau Ben (Unabh.) teilte mit, daß sie vor etwa 20 Jahren ein ähnliches Erlebnis gehabt habe. Der Vorstand des Waisenhauses müsse durch zwei weibliche Stadterordnete erweitert werden. Etwa 130 Kinder sind in der Anstalt untergebracht.

Stadtr. Winter (Dem.) wünschte eine stärkere Kontrolle des Waisenhauses durch die Stadterordnetenversammlung. Stadtr. Dr. Meyer wollte von der Verwaltung der Anstalt durch barmherzige Schwärmer nichts wissen. Die Eingabe ging zu den Akten.

Beschreibung der Töne zwischen Götzen und Götzen.

Stadtr. Genosse Juchaczewski schilderte den trostlosen Zustand der Töne in Preßen. Es besteht die Gefahr, daß bei Sturm weite Teile des Ortes überflutet werden. Durch die Uebungen der französischen Truppen in den Tönen werden diese gefährlich zerstört. Redner verlangte deshalb sofortige Aufhebung der Töne, die dem Hinterland Schutz gegen Stürme bietet.

Redner Galtowski antwortete, daß die Töne dem Schutze des Regimentspräsidenten unterstellt sind. Oberkommandeur Löwer und General Galtowski sind gebeten worden, die Zerstörung der Töne durch die Franzosen zu verhindern.

Die Kosten der Wiederanfertigung betragen etwa 20 000 Mark. Es zum Einsetzen der Ersatztürme muß die Töne wieder in Ordnung sein.

Die Angaben des Stadtr. Gen. Juchaczewski wurden von den Deputierten Lange und Scheller bestätigt. Stadtr. Kersch (Unabh.) war darüber ungehalten, daß nicht sofort Schritte in dieser Angelegenheit unternommen worden sind.

Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.

Dem Magistrat liegt ein Antrag vor, insofern die Altersgrenze von 65 Jahren, die bisher nur Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurde, aufgehoben werden soll. Von den mehr als 65% Prozent Erwerbsfähigen, denen bisher keine Unterstützung zufließt, sollen die Kriegsbefähigten bis 90 Prozent Erwerbsunfähigkeit angerechnet werden. Die Dauer der Zahlung von Erwerbslosenunterstützung soll auf 26 Wochen aufgehoben werden. Der Fortgangszustand soll in einzelnen Fällen Ausnahmen bewilligen können. Dr. H. S. V. heilt demgegenüber die vollständige Aufhebung der Befreiungen beantragt.

Stadtr. Schmidt stellt zunächst ein Verlangen des Magistrats, daß jedoch gegen jeden Antrag nicht wohl gehen. Er wolle jetzt noch eine große Anzahl Arbeitslose ohne Unterstützung auskommen, was dadurch werden diese Leute auf die schlimmste Ebene gedrängt. Von der sozialen Einsicht des Departements Minister Friedrich erwarten wir nichts.

Stadtr. Meyer tritt für den Minister Friedrich ein. Nach der Stadterordnetenversammlung kann nicht alle Wünsche erfüllt werden. Auch bei der Erwerbslosenunterstützung müßten die Anforderungen gemacht werden. Den Wünschen müßte auf andere Weise geholfen werden.

Die Bedeutung von Beschlüssen und Beschlüssen für den Winter.

Die sozialdemokratische Fraktion reichte folgenden Antrag ein: Die Stadterordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, allen Arbeitslosen mit selbständigen Haushalten für den kommenden Winter mit Beschlüssen anzufragen zu befehlen, und die hierzu nötigen Summen bei der Stadterordnetenversammlung voranzubringen.

Stadtr. Gen. Roggenbach (Unabh.) und der Magistratsantrag wurden abgelehnt. Der Antrag wurde nicht angenommen. Der Antrag wurde nicht angenommen.

abhängige Antrag muß an den Staatsrat gerichtet werden, nur dieser ist für die Aufhebung der Bestimmungen zuständig. Die U. S. V. hat ihre heute vorgelegenen Forderungen in der Kommission nicht genügend vertreten. Die Einführung einer Erwerbslosenversicherung ist dringend notwendig. Sollten die beantragten Erweiterungen nicht, müssen weitere Maßnahmen getroffen werden. Um die große Not der Erwerbslosen, die der Winter bringen wird, etwas zu lindern, bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Die von den bürgerlichen Parteien für die Einwohnerwehr und von den Unabhängigen für die Arbeiterwehr angeforderten Mittel würden dazu ausreichen und bessere Verwendung finden. Den bei der feineren Schließung der Stadterordnetenversammlung ist trotz des Beschlusses der Stadterordnetenversammlung die Unterstützung noch nicht gewährt. Zu prüfen wäre, ob nicht eine Ausweitung der schon lange Zeit Arbeitslosen mit den bisher dauernd beschäftigten Arbeitern durchführbar ist.

Oberbürgermeister Kalm teilt mit, daß sich die morgen stattfindende Magistratsitzung bereits mit der Gewährung von Heizbeihilfen beschäftigen wird. Wir werden damit auch über den Kreis der Erwerbslosen hinauszugehen müssen.

Stadtr. Witz tritt für den Magistratsantrag ein mit dem Wunsch, besondere Fälle zu berücksichtigen.

Stadtr. Gen. Reel bemängelt die unberechtigte Verweigerung der Unterstützung in Fällen, wo noch ein anderes verheiratetes Familienmitglied oder sogar ein Verwandter in Arbeit steht. Die Wohnungsnot zwingt die Leute zum Zusammenwohnen und kann dann der Mitbewohner nicht auch zur Unterstützung der Arbeitslosen herangezogen werden. Auch die Abschaffung der Unterstützung in Fällen, wo der Betreffende vorher nur 2 Men. in Arbeit stand, ist unbillig und schafft Erbitterung.

Nachdem Stadtr. Meyer sich kurz hierzu geäußert hat und Prüfung aussetzt, fordert Genosse Witzki noch einmal die Nachsicht an die Schiffbauarbeiter der Werk.

Der unabhängige Stadtr. Schmidt glaubt den sozialdemokratischen Antrag als Wahlmanöver bezeichnen zu können, weil die „Volksstimme“ während der Volkswahl einen unabhängigen Antrag als solchen gekennzeichnet hätte.

Infolge der Mitteilungen des Oberbürgermeisters wird der Antrag des Gen. Roggenbach zurückgezogen unter dem Vorbehalt, bei nicht weitgehenden Veränderungen des Magistrats erneute Anträge zu stellen.

Der unabhängige Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Der Magistratsantrag wurde darauf einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird hierauf um 9 Uhr beendet.

Aus aller Welt.

„Reinigung“ in Brünn.

Trotzdem die Legionäre des zehnten Regiments zur Zeit der vorjährigen Schilberstürme noch in Sibirien weilten, waren sie der Ansicht, ihre Kameraden hätten ihnen noch ein Stück der Reinigungsarbeit übrig gelassen, und machten sich ans Werk; es verschlug ihnen dabei nichts, daß die Werte, die sie zerstörten, nichts mit Oesterreich zu tun hatten. Eines Tages gegen ein Uhr nachmittags erschienen zwölf Mann des Regiments beim Wächter des „Deutschen Hauses“ und verlangten die sofortige Entfernung des an der Straßenseite angebrachten Wappens, eines Adlers der Stadt aus dem Jahre 1645, was sie für ein österreichisches hielten. Sie erklärten, das ganze Regiment sei über dieses Wappen „erregt“ und man könne für nichts stehen, wenn es nicht sofort entfernt würde. Um zwei Uhr würden sie ohne Bewilligung das Wappen selbst entfernen. Um zwei Uhr erschien die Deputation wieder, während etwa achtzig Legionäre vor dem Hause warteten. Der Sprecher verlangte sofort, daß man sie in den Bodenraum, dessen Fenster in der Nähe des Wappens sind, führe. Die Legionäre besaßen sich auf den Dachboden und von den runden Bodenfenstern aus stiegen acht Mann auf die zum Wappen führende Rampe und bearbeiteten mit mitgebrachten Hacken und Krampen das Wappen. Die Umrahmung und die Krone wurden nach einer einstimmigen Arbeit vernichtet, das Wappen selbst, das aus hartem Stein verfertigt ist, widerstand den eifrigsten Bemühungen. Der Ingenieur Baumgartner, der durch eine Bemerkung „provokiert“ haben soll, wurde verprügelt. Schließlich begaben sie sich, gefolgt von einer hundertköpfigen Menge, die mit anfeuernden Rufen die Zerstörungen begleitet hatte, zum Winterholler-Denkmal. Winterholler ist der verdienstvolle Bürgermeister gewesen. Die Genußfigur am Godel wurde beschädigt und die Büste Winterhollers zertrümmert. Nachdem dies vollendet war, zog man zum Zollhaus, wo die große Allegorie am Dachrand der Stirnseite schwer beschädigt wurde. Vier Legionäre arbeiteten während einer Stunde daran, den vier allegorischen Figuren, die mit Oesterreich natürlich nichts zu tun haben, die Köpfe abzuschlagen. Da sich das Material aber sehr widerstandsfähig zeigte, dauerte es eben sehr lange, ehe der Kopf einer Steinfigur vollends vernichtet war. Die klöschernen Steinsplittter flogen unter großem Getöse auf die Straße, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hatte, die mit Beifallsstürmchen nicht lagerte. Nachdem auch dieses Werk vollendet war, zogen die Legionäre sichtlich befriedigt ab. Das Schiller-Denkmal wurde von den Denkmaltürmern gleichfalls aufgesucht, doch fand es schließlich Gnade vor ihren Augen. Auch die Statue Wielands des Schmieds am Ruppertshaus wurde nach längerer Gerichtsverhandlung freigesprochen und schließlich der Lynchjustiz der Legionäre verschont.

Ein ganz radikaler Betriebsrat.

Unterhaltungen im Betrage von etwa 7000 Mark hat sich der Vorsteher des Betriebsrats der hantelischen Siemens-Schuckertwerke, Baustelle Siemens, Georg Kehler, in Bremen aufgeben können lassen. Er spekulierte auf die Reichthümlichkeit seiner Mitarbeiter, denen er vorläufige Lebensmittel vor allem Zucker, vom Landesverwaltungsamt beschaffen zu können. Das vorgestreckte Geld fließte in die Tasche und verschwand damit spurlos. Kehler ist verheiratet, stammt aus Lothar am Rhein und war trotz seiner 45 Jahre knapp ein Jahr organisiert, zuerst im Handarbeiterverband und seit April bei den Metallarbeitern. Durch sein gutes Mundwerk erregte er sich den Veranlassungsgrund, den Betriebsrat vorzuführen. Die Beschäftigten haben dem großen Worte also zuviel vertraut und hatten sich bei einigem Nachdenken sagen müssen, daß das Landesverwaltungsamt zum das Quantum Zucker anschaffen kann, bei der Bevölkerung versprochen ist. Der schönen Augen Kehler wegen wird das L. S. V. gewiß keine Sühnung vornehmen.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Bosher u. Direktor Paul Hansmann.
Könsil. Leitung: Dir. Sigmund Kunsiedl.

Heute Mittwoch, den 1. September
abends 7 1/2 Uhr

Die Czardasfürstin

Operette in 3 Akten
von Emmerich Kálmán.

Donnerstag, den 2. September

„Die Dame vom Zirkus“.
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr
bei Kodlin, Langermarkt 33 und von
10-3 Uhr im Watenhaus Freymann.
Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parkett-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Varieté Wintergarten

Telephon Nr. 1925 — Dir. Arthur Lohmann
Oliver Tor Nr. 10

Ab heute! Der Höhepunkt der Saison
ist das **September-Programm**.
Sämtl. Künstler zum ersten Mal in Danzig.

Die erste amerikanische Sensation:

„Die verhexte Küche“

(2143) von der Will-Panzer-Compagnie

Der Gipfel der Komik! 4 Arkonts

„Die 3 gold. Jungfrauen“

Frauen-Schönheit in Natural!

Neu Brasil. Mode-Tänze

Die tugendliche Gertrude Berliner

Geschwister Christians

Die 4 Panzer. Musikal-Akt

Kazemiera Lukoni

Mur noch
kurze Zeit!
Danzig, Hauptmarkt



Die weisse Dame

Schönster Illusions-
akt der Gegenwart
und die anderen

24 Attraktionen 24

Tierschau u. Proben

täglich 10-1 Uhr

Raubtierfütterung

11 1/2 Uhr.

Vorverkauf nur im Zigarren-

haus Krüger & Oberbeck,

Langgasse 10, Ecke Gr. Woll-

wegergasse, von 5 Uhr vor-

mittags bis 5 Uhr nachm.

(2143)

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Hotel Danziger Hof.

Heute

Eröffnung des Rokoko-Saales

anschließend an den

Wintergarten.

Vorzügl. Küche

Stoff-Konzerte.

Donnerstag: 4-Uhr-Tee.

Zoppoter Stadttheater.

Mittwoch, den 1. September: **Geschlossen.**

Donnerstag, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr

2. Gastspiel Theodor Loos vom Lessing-Theater

in Berlin

„Taifun“.

Freitag, den 3. September: „Wiener Blut“.

Sonntag, den 4. September: **Geschlossen.**

Sonntag, den 5. September: „Wiener Blut“ (2161)

Fassetten-Glas werden in kürz. Zeit geschliffen

Schadhafte Spiegelgläser

werden in kürzester Zeit neu besetzt.

Bilderleisten

wie eingeklebt

für Gebirgs- und

Hochseil-Ceremonien

in großer Auswahl zu soliden Preisen.

Guter Gekitt eingetroffen

Bilder-Einrahmungsgeläch Wilhelm Ziemer

Glasmeister Tischlergasse 22.

Lichtbild-Theater

III. Damm 2.

Spielplan

vom 1. bis 3. 9.

Das hervorragende Programm!

Bestbekannte Künstler in den Hauptrollen.

Nachtgestalten!!

Der gewaltige Oswaldfilm in 7 Akten.

Sensationschauspiel Paul Wegener, Rein-

hold Schöndel, Anita Barber, Conrad Veidt.

Fräulein Piccollo!!

Lustspiel in 3 Akten mit Dorit Weitzer.

Einlage (2159)

Aerztlich geleitete Naturheilanstalt

Physikalisch-(klinisch) Ambulatorium
DANZIG, Stadtgraben 13 (Hauptbahnh.)
Sprechst. u. Behandlung werktags v. 3-4 Uhr.

Moderne, glänzende bewährte Heilverfahren:
Elektro, Hydro, Wärme, Licht, Sauerstoff- und Röntgen-Therapie, Künstl.
Hautauswasch., Bäder und Kältebehandlungen, elektrische und Kurbäder,
Gymn. Wickel, Pneumopneum., Elektrische Auflagen, Vibration- und
Hautmassagen, Faszikulierung, usw.

Neurologie, Rheumatismus, Krämpfe, Spezial-Tee's für jede Krankheit.

Spezialbehandlung chronischer Leiden jeglicher Art,
Insbesondere: Farnes, Unterleib, Gallenleiden u. Blasenleiden, Bl. aus Licht,
lokale Lähmungen, Blasen-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Magen- und
Darmleiden, Flechten, Geschwüre, Wunden und dergl., Lungen-, Herz-,
Nieren- und stoffl. Nervenerkrankungen usw. (2038)

Ausgezeichnete Heilerfolge, Zahlreiche Dankeschreiben.

Von der Reise zurück!

Dr. Bing

Vorst. Graben 33a.

Sprechstun. v. 8-10

(2160) 4-5.

— Telephon 3787. —

Zurückgekehrt!

Dr. Cohn

prakt. Arzt

Langgarten 80b,

Eingang Trojengasse.

Sprechstunden:

11-10 und 3-4 Uhr.

Fernruf 2635. (2163)

Neuersehung:

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe.

Erster Teil: Altertum.

Von W. Beer.

Preis 4.- Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 82

Jasmatzi-Zigaretten

Kalif mit Mundstück	20 Pf.
Terschana mit Mundstück	25 „
Jasmatzi-Neptun ohne Mundstück	30 „
Cremo ohne Mundstück	35 „
Minäret ohne Mundstück	45 „
Pteo Gold	40-60 „

(2074)

in Qualität unerreicht!